



Dr. Edgar Franke

01. Dezember 2023

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

01. Dezember 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Neues aus dem Bundestag

Gesundheitspolitik

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bilder der Woche

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem Karlsruher Urteil zur Schuldenbremse kann die Ampelregierung diese nicht mit Verpflichtungsermächtigungen für mehrere Jahre aussetzen. Sie muss vielmehr für jedes einzelne Haushaltsjahr die jeweilige Haushaltssituation bewerten.

Deshalb werden wir mit einem Nachtragshaushalt für 2023 und einem regulären Haushalt für 2024 die verabredeten finanziellen Mittel für den sozialen Zusammenhalt bereitstellen.

Im Gesundheitsausschuss war die Haushaltlage auch Beratungsgegenstand. Für den Gesundheitsbereich hat das Urteil keine direkten Auswirkungen. Vielmehr bleibt die Krankenhausreform weiterhin das bestimmende gesundheitspolitische Thema.

Anlässlich der Behandlung des Antrags der CDU hinsichtlich der Forderung nach einem Vorschaltgesetz zur Verhinderung einer kalten Strukturreform in der Krankenhauslandschaft in Deutschland habe ich betont, dass die Krankenhausreform nicht dazu dienen darf, den Bundesländern die Verantwortung für die Investitionen in die Krankenhäuser abzunehmen.

Im Bild bin ich mit Kirsten Kappert-Gonther zu sehen. Sie ist die amtierende Vorsitzende des Gesundheitsausschuss, dem ich selbst einmal von 2013 bis 2017 vorgesessen habe.



Ihr



Neues aus dem Bundestag

Haushaltsdebatte im Bundestag

Das Bundesverfassungsgericht hat beschlossen, dass Kredite, mit denen der Staat in einer Notsituation die Folgen einer Krise abmildert, bei Bedarf jedes Jahr neu beschlossen werden müssen. Diese Vorgabe setzen wir für das laufende Jahr mit einem Nachtragshaushalt um.

Dabei soll für 2023 erneut die Ausnahme von der Schuldenbremse beschlossen werden, wie es das Grundgesetz für den Fall einer außergewöhnlichen Notsituation ermöglicht. Es war, ist und bleibt richtig, dass wir Wirtschaft und Gesellschaft bei der Bewältigung von Krisen unterstützen, wie sie durch die Pandemie, durch den Ukrainekrieg oder durch die verheerende Flutkatastrophe im Ahrtal entstehen. Insbesondere war es richtig, dass wir die Strom- und Gaspreise nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bezahlbar gehalten haben. Davon haben Millionen Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen profitiert. Die Folgen dieser Krisen dauern heute noch an. Für das Jahr 2023 wird deshalb ein Nachtragshaushalt eingerichtet, um die bereits geleisteten Entlastungen bei den Energiepreisen abzusichern.

Was Bundeskanzler Olaf Scholz (Bild) in seiner Regierungserklärung aber klar zurückgewiesen hat, sind Kürzungen am Sozialstaat, wie sie von Friedrich Merz und anderen gefordert wurden. Solche Kürzungen träfen die Menschen in unserer Gesellschaft, die auf unsere Unterstützung angewiesen



sein. Unsere Gesellschaft brauche jetzt mehr Zusammenhalt, nicht weniger. Gerade in Zeiten des Wandels brauche es einen modernen Sozialstaat, der Sicherheit gibt.



Im nächsten Schritt werden wir auch den Haushalt für das nächste Jahr im Lichte der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts überarbeiten.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat vor dem Deutschen Bundestag die Sicherheit des Landes, das Fortbestehen als erfolgreiches Industrieland und die Stärkung des Zusammenhalts in der Gesellschaft als Prioritäten des Bundeshaushalts für das Jahr 2024 bezeichnet.

Für uns ist klar, dass wir eine finanziell und verfassungsrechtlich tragfähige Grundlage schaffen müssen, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen unser Land steht: Es geht darum, Wirtschaft und Industrie zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen. Es geht auch darum, das Klima zu schützen und den Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen zu sichern. Und es geht darum, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu bewahren und zu stärken.

Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht

Rund 14 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben keinen deutschen Pass – das sind mehr als 13 Millionen Personen. Von ihnen leben rund 5,3 Millionen bereits seit mindestens 10 Jahren in Deutschland. Sie arbeiten hier, zahlen Steuern, ihre Kinder gehen in die Kita oder Schule, viele engagieren sich in Vereinen – sie sind ein fester Teil der Gesellschaft. Mit dem Gesetzentwurf über ein reformiertes Staatsangehörigkeitsrecht sollen diese Realitäten anerkannt werden, welches wir in erster Lesung im Bundestag behandelt haben.



Wir wollen eine schnellere Einbürgerung ermöglichen, die künftig nach fünf statt acht Jahren möglich sein soll. Zu den Voraussetzungen für die Einbürgerung das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Außerdem muss grundsätzlich auch der Lebensunterhalt eigenständig gesichert sein.



Damit wird auch die Lebensleistung der Gastarbeitergeneration und der „Vertragsarbeiter“ anerkannt und ihnen die Einbürgerung zu erleichtern, denn sie müssen künftig keinen Einbürgerungstest mehr machen. Wir ermöglichen zugleich auch die Mehrstaatigkeit, was die Lebensrealitäten vieler Menschen anerkennt, die künftig nicht mehr einen Teil ihrer Identität aufgeben müssen.

Aber auch der Verlust der Staatsangehörigkeit ist möglich. In den meisten europäischen Ländern – wie in Deutschland – führt betrügerisches Verhalten bei der Einbürgerung oder die konkrete Beteiligung an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland zum Verlust der Staatsangehörigkeit.

Gesetz zur Verbesserung der Rückführung

Die Bundesregierung hat weitreichende Maßnahmen ergriffen, um die Herausforderungen im Bereich Fluchtmigration zu bewältigen. Die irreguläre Migration soll deutlich und nachhaltig gesenkt werden. Diejenigen, die in Deutschland kein Bleiberecht haben, müssen das Land schnell wieder verlassen, das erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (Bild).



Der jetzt in erster Lesung im Bundesrat beratene Gesetzentwurf sieht Maßnahmen vor, die ein effektiveres Verfahren und eine konsequentere Durchsetzung der Ausreisepflicht ermöglichen sollen:

Abschiebungen sollen einfacher durchgeführt werden können

- Behörden sollen mehr Zeit erhalten, Abschiebungen vorzubereiten. Abschiebungen sollen leichter durchgeführt werden können.
- Wenn ein Antrag auf Asyl bereits abgelehnt wurde, sollen Folge- und Zweitanträge als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden können. Klagen sollen damit keine aufschiebende Wirkung mehr haben.



- Abschiebungen sollen nicht mehr durch Asylfolgeanträge vereitelt werden können.
- Wer gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote verstößt, soll in Abschiebehaft genommen werden können.

Organisierte Kriminalität soll effektiver bekämpft werden können

- Mitglieder krimineller Vereinigungen sollen leichter ausgewiesen werden können. Dafür ist künftig ausreichend, dass ihre Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung belegt ist.
- Schleuser sollen leichter ausgewiesen werden können. Die Schleusung von Kindern soll künftig auch strafbar sein.

Ausländerbehörden sollen entlastet werden

- Abschiebungen, denen eine mindestens einjährige Duldung vorausging, sollen nicht mehr einen Monat vorher angekündigt werden müssen. Familien mit Kindern unter 12 Jahren sollen davon ausgenommen sein.

Geflüchtete mit guter Bleibeperspektive sollen leichter arbeiten können

- Geflüchtete sollen während ihres Aufenthalts in Erstaufnahmeeinrichtungen nach sechs statt wie bisher erst nach neun Monaten arbeiten können. Dies soll nicht für Staatsangehörige aus sicheren Herkunftsstaaten, bei offensichtlich unbegründeten Asylanträgen sowie bei Identitätsverweigerung gelten.
- Ausländerbehörden sollen Beschäftigungserlaubnis großzügiger erteilen. Vor Ort kann am besten beurteilt werden, ob Personen geeignet sind, eine Beschäftigungserlaubnis zu erhalten. Künftig sollen auch Geduldete im Regelfall arbeiten dürfen.

Gesundheitspolitik

Parlamentarischer Abend der Gesundheitshandwerke (GHW)

Unter dem Motto „Versorgungsstrukturen sichern, Gesundheitswesen entbürokratisieren“ standen als Themen Bürokratieabbau, der Erhalt der Festbeträge und eine wirtschaftliche und qualitätsgesicherte Hilfsmittel- und Zahnersatzversorgung im Mittelpunkt des diesjährigen Parlamentarischen Abend in Berlin. Vertreterinnen und Vertreter der Augenoptik, Hörakustik, Orthopädie-Technik und Zahntechnik haben gemeinsam mit 60 Abgeordneten und Spezialisten aus der Gesundheits- und Sozialpolitik über die Herausforderungen für eine qualitätsorientierte Versorgung mit Hilfsmitteln und Zahnersatz diskutiert.

Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), betonte zur Eröffnung der Veranstaltung im Haus der Deutschen Gesetzlichen



Unfallversicherung (DGUV), dass die immer umfangreicher werdende Bürokratie im Gesundheitswesen die Betriebe der Gesundheitshandwerke zunehmend belastet und deren Arbeit erschwere.

Der Parlamentarische Staatssekretär aus dem Bundesgesundheitsministerium (BMG), Edgar Franke, ergänzte in seinem Redebeitrag: „Wenn alle so innovativ wären wie unsere Gesundheitshandwerker, wäre die Zukunft der deutschen Wirtschaft gesichert. Wir müssen uns aber bemühen, die notwendige

Bürokratie auf ein gesundes Maß zu reduzieren, damit deren Innovationen auch bei den Menschen ankommen können.“

Hintergrund: Augenoptiker, Hörakustiker, Orthopädie-Techniker und Zahntechniker versorgen die Bevölkerung mit Medizinprodukten und Dienstleistungen. Deutschlandweit gibt es etwa 35.000 Betriebe der Gesundheitshandwerke, die als Arbeitgeber rund 200.000 Menschen beschäftigen, davon sind knapp 20.000 Auszubildende.

Treffen mit Medizinproduktehersteller

Dr. Edgar Franke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit, traf sich in Melsungen am Hauptsitz der B. Braun Gruppe zu einem Austausch mit Julia Steckeler, Geschäftsführerin, MedicalMountains GmbH, mit Gerhard Hipp, Geschäftsführer Anton Hipp GmbH, Meinrad Kempf, Projektleiter MedicalMountains GmbH (nicht auf dem Bild), mit Christian Clarus (Global Government Affairs & Market Access, B. Braun SE, Thomas Brand, Vice President Quality



Management for non-active Medical Devices, B. Braun Melsungen AG und Dr. Stefan Seidel, Head of Regulatory Affairs for non-active Medical Devices, B. Braun Melsungen AG.

Im Fokus standen die Themen MDR (Medical Device Regulation) und eIFU (Elektronische Gebrauchsanweisung für Medizinprodukte sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen aus dem Bereich der Medizintechnik.

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Meisterfeier des Handwerks im Schwalm-Eder-Kreis

In der voll besetzten Stadthalle Homberg kamen die „frisch gebackenen Meister“ mit Ihren Familien zur Übergabe der Briefe.



Zusammen mit Handwerkskammerpräsident Frank Dittmar, Landrat Winfried Becker und Kreishandwerksmeister Frank Michel gratulierte Edgar Franke den Jungmeisterinnen und Jungmeistern, die in diesem Jahr erfolgreich ihre Meisterprüfung abgelegt haben. In der festlich geschmückten Stadthalle hielt Franke die Festrede zum Thema: „Gesundheit im Handwerk.“

In seiner Rede betonte Franke, dass gerade in diesen schwierigen Zeiten sich die unverzichtbare Funktion von Handwerk und mittelständischen Unternehmen zeige. Denn sie stünden für Bodenständigkeit, eine große Nähe zu den Kunden und damit den Menschen und für eine starke Verwurzelung in der Gesellschaft. Das Handwerk, so Franke weiter, käme durch diese Krisen, weil das Handwerk gebraucht würde – für die Dinge des täglichen Lebens genauso wie für die Bewältigung zentraler Aufgaben der Zukunftssicherung wie der Energiewende und dem Klimaschutz. „Sie, liebe Meisterinnen und Meister, haben mit Ihrer Meisterfortbildung den Gipfel der handwerklichen Bildung erklommen. Sie sind nicht nur hervorragende Fachkräfte, Sie sind auch ausgebildete Führungskräfte, Unternehmer und Ausbilder – das ist eine universelle fachlich-unternehmerische Fortbildung, die es so kein zweites Mal gibt - und genau Sie werden ganz dringend gebraucht.“

Bilder der Woche

Treffen mit dem **Botschafter der Mongolei, Herrn Birvaa Mandakhbileg** im Bundesgesundheitsministerium in Berlin. Themen des konstruktiven Austauschs waren die Möglichkeiten künftiger bilateraler Zusammenarbeit im Bereich des Gesundheitswesens. Der Schwalm-Eder-Kreis und die Stadt Gudensberg pflegen besondere Beziehungen zur Mongolei. So war der Botschafter mehrmals in Gudensberg zu Gast.



Begegnungen bei den Gesundheitshandwerkern

Bild Links: Im Gespräch mit Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

Bild unten: Mit MdB Stephan Pilsinger, Gesundheitspolitiker der CSU.



Bild links: „Präsidentenbild“ mit MdB Tino Sorge, Mitglied im Gesundheitsausschuss.

Begegnungen beim BKK Dachverband

Der BKK Dachverband hatte wieder zum Parlamentarischen Abend geladen.

Vorstandsvorsitzender des BKK Dachverbandes ist **Franz Knieps** (Bild rechts).

Der Parlamentarische Abend des Dachverbandes der Betriebskrankenkassen ist die Gelegenheit zum Austausch mit zahlreichen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern aus Politik, Unternehmen und der GKV-Welt.

Bild unten von links: Edgar Franke stößt an mit Bernhard van Treeck, Gemeinsamer Bundesausschuss, MdB Dietrich Monstadt, MdB Dr. Georg Kippels und Nicole Stelzner, Senior Director Government Affairs und Mitglied der Geschäftsleitung bei Gilead Science.





FRÜHSCHOPPEN UND FETTENBROT

Die SPD Gudensberg feiert ihren 125. Geburtstag
und lädt zum Frühschoppen

am Sonntag, dem
10. Dezember 2023
um 10.30 Uhr
in die Gaststätte
Mohrrübe ein.

GUDENSBURG

SPD



Image by Alexander Lesnitsky from Pixabay

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Edgar Franke, Seite Bundesregierung/photothek.net/Thomas Köhler & Thomas Imo, Seite 4 Image by [Andreas Lischka](#) from [Pixabay](#), Seite 5 Oliver Tamagnini, Seiten 7 bis 11 Edgar Franke, Seite 12 Sharepic des SPD-Unterbezirks Schwalm-Eder.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.